



Detailansicht des Registereintrags

Oxfam Deutschland e.V.

Aktuell seit 01.10.2026 16:11:15

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001951
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	01.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	01.10.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Am Kölnischen Park 1 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49304530690 E-Mail-Adressen: info@oxfam.de Webseiten: www.oxfam.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 04/25 bis 03/26

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 04/25 bis 03/26

700.001 bis 710.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 04/25 bis 03/26

6,81

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Charlotte Becker**
Funktion: Vorständin
2. **Jan Heser**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (17):

1. **Tobias Hauschild**
2. **Sandra Dworack**
3. **Pia Natalina Juliana Schwertner**
4. **Manuel Baptist Schmitt**
5. **Jan Kowalzig**
6. **Dr. Franziska Humbert**
7. **Tim Zahn**
8. **Steffen Vogel**
9. **Robert Werner Lindner**
10. **Markus Christian Walter Nitschke**
11. **Leonie Petersen**
12. **Rebecca Varghese Buchholz**
13. **Annika Zieske**
14. **Dr. Jörn Olaf Diethard Kalinski**
15. **Rossella Lombardi**
16. **Florian Jan Kleber geb. Krumrey**
17. **Charlotte Becker**

Gesamtzahl der Mitglieder:

15 Mitglieder am 30.09.2026, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (20):

1. Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V.
2. Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.
3. Bündnis Entwicklung Hilft - Gemeinsam für Menschen in Not e.V.
4. CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung
5. Forum Umwelt und Entwicklung (Träger: Deutsche Naturschutzring e.V.)
6. erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
7. Globale Bildungskampagne (GBK)

8. Netzwerk Steuergerechtigkeit (Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e.V.)
9. VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
10. Centre for Humanitarian Action e.V.
11. Deutscher Spendenrat e.V.
12. Deutscher Fundraising Verband (DFRV)
13. German WASH Network /German Toilet Organization e.V.
14. Meine Landwirtschaft e.V.
15. QISH Qualitätsinitiative Straßen-u. Haustürwerb.
16. DIGEV e.V. - Deutsche Interessengemeinschaft für Erbrecht und Vorsorge
17. Climate Action Network (CAN) Europe
18. European Network on Debt and Development (Eurodad)
19. Klima-Allianz Deutschland e.V.
20. Initiative Transparente Zivilgesellschaft (Träger: Transparency International Deutschland e. V.)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Migration; Klimaschutz; Bank- und Finanzwesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Oxfam Deutschland e.V. widmet sich der Arbeit für eine gerechte Welt ohne Armut und hat hierbei insbesondere die vulnerablen Gruppen von Menschen, insbesondere Frauen, im Globalen Süden im Blick. Hierzu führen wir Projekte, Untersuchungen, Austausch und auch konkrete Lobbyarbeit mit Parlament, Ministerien (und auch Unternehmen) durch. Im Mittelpunkt stehen hier jeweils die Rechte der besonders betroffenen o.g. Gruppen, insoweit sie durch Politiken der Bundesrepublik Deutschland mit betroffen sind. Dies kann sich auf die klassischen Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsfinanzierung sowie auf die humanitäre Hilfe und Einhaltung von Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht beziehen, aber auch beispielsweise auf hiesige Energiepolitik, da dadurch die Dynamik des Klimawandels mit seinen dramatischen Auswirkungen gerade auf in Armut lebende Menschen im Globalen Süden berührt ist. Ebenso sind gesetzliche oder politische Maßnahmen in Bezug auf internationale Wirtschafts- und Handelspolitik in Bezug auf menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten oder die Frage des gerechten Zugangs zu Gesundheit und Bildung, und der Finanzierung, bspw. durch eine gerechte Steuerpolitik, ein wichtiges Aufgabenfeld in diesem Zusammenhang. Oxfam bemüht sich seine Erfahrungen - und die unserer Partner*innen - im Globalen Süden den Mitgliedern des Bundestages näher zu bringen, ebenso relevante Ergebnisse von entsprechenden

Untersuchungen und - wenn möglich - auch die direkten Stimmen von Partnerorganisationen. Wir wirken mit bei Anhörungen in Fachausschüssen oder im bilateralen Gespräch mit interessierten Abgeordneten, Ministerien und Mitgliedern der Bundesregierung.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Bundeshaushalt: Entwicklung der ODA-Ausgaben (Official Development Assistance)

Beschreibung:

Oxfam setzt sich dafür Ziel ein, dass die Bundesregierung Deutschlands internationalen Verpflichtungen nachkommt, jährlich mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Official Development Assistance (ODA) bereitzustellen sowie Deutschlands angemessenen Anteil zur Erfüllung des Ziels der internationalen Staatengemeinschaft, weltweit 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Klimafinanzierung in einkommensschwachen Ländern aufzubringen, zu leisten.

Hierfür bedarf es einer ausreichenden Finanzierung aus dem Bundeshaushalt.

Daher fordert Oxfam von den am Haushaltsverfahren beteiligten Entscheidungsträger*innen eine entsprechende Erhöhung der ODA-relevanten Ausgaben im Bundeshaushalt, insbesondere in den Einzelplänen 05 und 23.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7800 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 - HG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

2. Umsetzung der EUCSDDD (EU-Lieferkettengesetz)

Beschreibung:

Oxfam hat sich für eine ambitionierte EU-Richtlinie unternehmerischen Sorgfaltspflichten eingesetzt und wird sich weiterhin für eine möglichst weitreichende Umsetzung in deutsches Recht unter Anpassung des bestehenden Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bzw. eines Gesetzes für internationale Unternehmensverantwortung einsetzen. Ziel ist es, die Einhaltung der Menschenrechte durch Unternehmen auch in ihren globalen Lieferketten sicherzustellen und Betroffenen einen umfassenden Zugang zu Recht zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

[LkSG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Umsetzung der UTP-Richtlinie

Beschreibung:

Oxfam setzt sich für eine ambitionierte EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken ein sowie eine möglichst weitreichende Umsetzung in deutsches Recht unter Anpassung des bestehenden Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes. Ziel ist es, die insbesondere kleineren Produzenten am Anfang der Lieferkette auch im globalen Süden einen fairen Anteil an der Wertschöpfung zu sichern. Dazu ist notwendig, dass Preisdruck und unlautere Handelspraktiken in Lebensmittellieferketten sich nicht negativ auf Preise und Einkommen von Lebensmittelproduzenten auswirken. Hierzu ist insbesondere die Einführung eines Verbots des Verkaufs unter Produktionskosten sowie zumindest eine Preisbeobachtungs- und Ombudsstelle in Deutschland notwendig.

Betroffenes geltendes Recht:

[AgrarMSG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [AgrarOLkV](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [LkSG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Änderungen des Wettbewerbsgesetzes (GWB-Novelle)

Beschreibung:

Oxfam setzt sich für einen fairen Wettbewerb ein, der eine Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel zu Lasten von kleinen Produzenten und Arbeiter*innen insbesondere im globalen Süden verhindert bzw. verringert. Dazu ist eine Verschärfung der Zusammenschlusskontrolle, die Anwendung von Entflechtungsregeln sowie eine stärkere Ausrichtung des GWB an Menschenrechten und Nachhaltigkeit notwendig.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

5. Entwicklung der ODA-Ausgaben (Official Development Assistance) im künftigen EU-Multi-Financial Framework (MFF) 2028-2034

Beschreibung:

Oxfam setzt sich dafür ein, dass die EU ihren internationalen Finanzierungsverpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Klimafinanzierung nachkommt.

Hierfür bedarf es einer ausreichenden Finanzierung im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034. Im Mittelpunkt steht dabei das Instrument „Europa in der Welt“, für das die Kommission 200,3 Mrd. Euro vorgeschlagen hat.

Daher fordert Oxfam die Bundesregierung und den Bundestag auf, sich in den Verhandlungen für eine entsprechende Ausstattung des MFR mit ODA-relevanten Mitteln einzusetzen.

Zudem soll die Entwicklungszusammenarbeit von Wettbewerbs-, Sicherheits- und Migrationsinteressen abgegrenzt und an Armutsbekämpfung, Agenda 2030 und Pariser Klimaabkommen ausgerichtet bleiben.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 333/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft - der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 04/25 bis 03/26

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 14.760.001 bis 14.770.000 Euro

Das Auswärtige Amt fördert zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) im Bereich der humanitären Hilfe, der Krisenprävention, der Friedensförderung und der Menschenrechte.

2. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Private Träger (BMZ PT)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 2.510.001 bis 2.520.000 Euro

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durch Förderungen für entwicklungspolitische Projekte und Kooperationen. Diese können als projektgebundene oder institutionelle Fördermittel beantragt werden und zielen darauf ab, die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik zu unterstützen, wie beispielsweise Armutsbekämpfung, Klimaschutz und Menschenrechte.

"PT" steht für Private Träger, also deutsche Organisationen, die Entwicklungsprojekte in Partnerländern durchführen.

Das BMZ unterstützt diese Träger finanziell für ihre entwicklungspolitischen Vorhaben. Die Förderung geschieht unter Wahrung der Unabhängigkeit und des Initiativrechts der Träger, um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten.

3. Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Übergangshilfe (BMZ ÜH)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 7.490.001 bis 7.500.000 Euro

Die "BMZ ÜH" steht für die Strukturbildende Übergangshilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und ist eine Leistung, die darauf abzielt, die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Menschen und Strukturen in Krisengebieten zu stärken. Für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bedeutet dies eine Förderung und Unterstützung zur Überbrückung von der akuten humanitären Hilfe hin zur langfristigen Entwicklungszusammenarbeit, um langfristige Perspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen und Armut zu verringern.

4. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 1.870.001 bis 1.880.000 Euro

Die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) erbringt Leistungen für NGOs, indem sie diese bei der Verbesserung ihrer Strukturen und Prozesse unterstützt, um effizienter zu arbeiten, ihr fachliches und methodisches Wissen ausbaut, sowie die

Entwicklung nachhaltiger gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und Netzwerke fördert. Die Leistungen sind vielfältig und umfassen Beratung und Schulungen für Personal, die Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Armutsbekämpfung und Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, die Bereitstellung von Know-how in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Umwelt und Klimaschutz sowie die finanzielle Förderung von Organisationen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 04/25 bis 03/26

Gesamtsumme:

8.420.001 bis 8.430.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 04/25 bis 03/26

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 04/24 bis 03/25

[Oxfam_jb2024-25.pdf](#)